



Die menschenfeindliche Europäische Union will 23 Millionen Euro an Steuergeldern dafür verschwenden, Kinder in Entwicklungsländern zu verhindern. Dafür soll es kostenlose Verhütungsmittel in rauen Mengen geben. Wenn in Europa schon keine Kinder mehr geboren werden, soll dieses Modell als Exportschlager nach Afrika exportiert werden.

Die EU will sich in die Entscheidungsfreiheit von Frauen in Entwicklungsländern mit 23 Millionen Euro durch eine sogenannten „Familienplanung“ einmischen.

Wie die EU-Kommission am Dienstag in Brüssel mitteilte, soll ihnen der Zugang zu Verhütungsmitteln wie Kondomen und entsprechenden Informationen erleichtert werden. Dies wird mit dem dämlichen Argument gerechtfertigt: „Frauen müssen das Recht haben, über die Zahl ihrer Kinder zu entscheiden“. Als ob sie dies jetzt nicht tun.

Nach Angaben der Kommission gibt es in Entwicklungsländern 75 Millionen ungewollte Schwangerschaften pro Jahr. Woher man diese Zahl hat, steht in den Sternen. Die Zahl ist rein fiktiv und soll dazu dienen, die Verhütungs- und Abtreibungsideologie zu rechtfertigen. Hätten die Menschen genug Mittel für ihren Lebensunterhalt, wäre keine Schwangerschaft unerwünscht.

Durch den Zugang zu Methoden der Familienplanung könnten diese „unerwünschten Schwangerschaften laut EU um mehr als 70 Prozent zurückgehen und so der Tod von 100.000 Müttern und 600.000 Säuglingen verhindert werden. Natürlich sind Verhütungsmittel billiger, um dies zu erreichen, als eine wirklich substantielle Hilfe für Familien.

Die EU-Kommission kündigte die Maßnahme im Vorfeld eines Gipfels zur Familienplanung in Entwicklungsländern an, der am Mittwoch in London unter Beteiligung des UN-Bevölkerungsprogramms (UNFPA) stattfindet. Dabei geht es um eine weltweite Verhinderung von Kindern.